

03. Juni 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

für rund 13.000 zumeist Mitarbeiterinnen der Drogeriemarktkette Schlecker ist es eine traurige Nachricht: Sie verlieren ihre Arbeitsplätze, weil das insolvente Unternehmen jetzt endgültig abgewickelt wird. Zugleich können wir aber den von der Gewerkschaft ver.di erhobenen Vorwurf, ausgerechnet die FDP sei nun Schuld an der Entwicklung, nicht auf uns sitzen lassen. Ich halte diesen Vorwurf für regelrecht dummdreist, zumal eher ver.di eine Mitschuld an der Schlecker-Pleite trifft. Lassen Sie mich zur Diskussion vom Wochenende um das Aus der Firma Schlecker bitte drei Feststellungen machen.

1. Die Gewerkschaft ver.di trifft eine Mitschuld am Schlecker-Aus

Ver.di hat im Herbst 2009 zum Schlecker-Boycott aufgerufen und dem Unternehmen damit massiv geschadet. Zweieinhalb Jahre später der FDP die Schuld an der Situation der Schlecker-Mitarbeiterinnen zu geben, ist absurd. Wer in dieser Frage mit einem Finger auf die FDP zeigt, auf den zeigen 13.000 Finger zurück!

2. Geht der Bäcker Pleite, kommt das Arbeitsamt. Bei Schlecker kommt die SPD

Im vergangenen Jahr hat es deutschlandweit mehr als 30.000 Insolvenzen gegeben. Betroffen waren 236.000 Mitarbeiter. Das ist in der sozialen Marktwirtschaft ein völlig normaler Vorgang. Diese 236.000 Mitarbeiter waren der SPD aber offensichtlich weniger Wert als die so genannten Schleckerfrauen. Wenn der Bäcker um die Ecke Pleite geht, kommt der Insolvenzverwalter und die Mitarbeiter bekommen die Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit. Wenn Schlecker Pleite geht, kommt die SPD und der Steuerzahler soll eine Transfergesellschaft finanzieren.

3. Mit einer Transfergesellschaft hätte die Rossmann-Mitarbeiterin Schlecker mitfinanziert

Wer es für sozialer hält, wenn dm- oder Rossmann-Mitarbeiterinnen mit ihren Steuergeldern eine Schlecker-Transfergesellschaft finanzieren, der hat eine merkwürdige Vorstellung des Begriffs „sozial“. Den Schlecker-Mitarbeiterinnen ist mit der Kompetenz der Bundesagentur für Arbeit wesentlich besser geholfen. Es ist auch nicht einsehbar, warum die arbeitslos gewordene Bürokauffrau eines mittelständischen Unternehmens von der Bundesagentur vermittelt werden soll, es bei Schlecker aber nur eine Transfergesellschaft richten kann - das verstehe, wer will.

Wir haben Ihnen in einem *Aktuelles aus der Fraktion* vor wenigen Wochen vier Gründe erläutert, die sowohl damals als auch heute gegen eine Transfergesellschaft sprachen und sprechen. Aus aktuellem Anlass senden wir Ihnen diese vier Gründe – verbunden mit aktualisierten Links - heute noch einmal zu.

Herzliche Grüße

Viele Grüße!



Christian Grascha



Christian Grascha

Parlamentarischer Geschäftsführer
Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher

Tel: (0511) 30 30 34 11
Fax : (0511) 30 30 48 63
E-Mail: christian.grascha@lt.niedersachsen.de

Der Fall Schlecker

Eine Transfergesellschaft ist kein Allheilmittel - vier Gründe

1. Es gibt kein nachvollziehbares und schlüssiges Konzept des Insolvenzverwalters

Die vorliegenden Unterlagen des Insolvenzverwalters haben nicht erkennen lassen, dass der Geschäftsbetrieb fortgeführt werden kann. Das wäre aber die Grundlage dafür, um eine Transfergesellschaft einzurichten. Wäre dennoch die Zusage zu einer Bürgschaft erteilt worden, wäre dies eine politische Bürgschaft gewesen. Merkwürdig: Gerade SPD und Grüne haben in den vergangenen Monaten richtigerweise darauf gepocht, es dürfe keine politischen Bürgschaften geben. Darüber hinaus wäre den Schlecker-Mitarbeiterinnen nur wenig bis gar nicht geholfen, wenn einer Transfergesellschaft in drei

Leser-Kommentare auf sueddeutsche.de:

"Gleiches Recht für alle! Nach den nächsten Wahlen, egal ob in einem Bundesland oder im Bund, sollte man die dann überzähligen FDP-Politiker auch unverzüglich dem Arbeitsmarkt übergeben, ohne Übergangsgebühren und andere finanziellen Überbrückungshilfen."

- - -

"Sie geben also der FDP und der Kanzlerin Schuld? An Schleckers Misswirtschaft? Schon ein wenig weit her geholt. Ich mag weder FDP noch die Kanzlerin, aber es wäre völlig ungerechtfertigt gewesen, Schlecker zu retten, während in vielen 1000 Insolvenzfällen, die nicht so medienwirksam sind, die Mitarbeiter im Regen stehen gelassen werden."

Monaten das Geld ausgeht.

2. Viele Schlecker-Mitarbeiterinnen sind ohne Transfergesellschaft besser gestellt

Sie bietet vielen langjährigen Mitarbeiterinnen keinen finanziellen Vorteil. Sie würden durch eine Transfergesellschaft finanziell schlechter gestellt. Darüber hinaus kann die Bundesagentur für Arbeit die weit übers Land verteilten Schlecker-Beschäftigten besser und wesentlich zielgenauer unterstützen als eine zentrale Transfergesellschaft. Die FAZ schreibt in einem Kommentar: „Die Entscheidung gegen die Transfergesellschaft könnte sich noch als Glücksfall für die meisten der 11.000 Schlecker-Frauen herausstellen. Vor dem Hintergrund der günstigen Arbeitsmarktlage wäre es geradezu fahrlässig gewesen, die Beschäftigten staatlich gefördert bis zu einem Jahr mit der Aussicht auf Pseudoqualifizierung zwischenzuparken.“

3. Die Forderungen von Opposition und Gewerkschaften sind scheinheilig

SPD, Grüne und Gewerkschaften versuchen die Schlecker-Diskussion allein auf die Frage einer Transfergesellschaft zu verkürzen. Drei Dinge sollten dabei zu denken geben:

a) Die Gewerkschaft ver.di hat sich nicht immer für die so genannten Schlecker-Frauen eingesetzt. Anfang 2010 rief die Gewerkschaft zum „Schlecker-Boycott“ auf, zwei Jahre später ging die Drogeriemarktkette in die Insolvenz. Heute behauptet ausgerechnet ver.di, der FDP seien die Schlecker-Beschäftigten egal.

b) Der Insolvenzverwalter hatte angeblich geplant, eine gewerkschaftseigene Dienstleistungsfirma mit der Leitung der Transfergesellschaft zu beauftragen. Das würde die Unabhängigkeit von ver.di in Frage stellen und wirft ein ganz anderes Licht auf die lautstarke Forderung nach einer Transfergesellschaft. Der wahre Hintergrund könnte auch ein monetäres Interesse gewesen sein.

c) „Geht ein kleiner Betrieb Pleite, kommt die Arbeitsagentur. Geht ein großer Betrieb Pleite, kommt die SPD.“ Dieses Zitat unseres Fraktionsvorsitzenden Christian Dürr im Landtag wird in einem Kommentar des Senders NDR info indirekt bestätigt. Dort heißt es, die Forderung nach einer Transfergesellschaft sei eine populistische Form der Wählerwerbung. „Wenn der Bäcker, die Autowerkstatt oder das kleine Bau-Unternehmen um die Ecke Insolvenz anmelden müssen,

Weiterführende Links I:

„Für Fälle wie Schlecker gibt es in der Marktwirtschaft nun mal das scharfe Schwert der Insolvenz: Wenn andere Firmen besser sind, fliegt der Schlechte irgendwann aus dem Wettbewerb. Und das ist gut so.“

[DIE WELT – Die Logik des Scheiterns](#)

„Das Ende von Schlecker zeigt, dass Marktwirtschaft funktioniert.“

[FAZ – Logisches Ende](#)

stehen dort keine Landes- oder sogar Bundespolitiker vor der Tür, die teure Übergangslösungen fordern. Dort passiert nichts."

4. Auch Wissenschaftler lehnen unisono eine Transfergesellschaft ab

Der Vorsitzende der Monopolkommission, Justus Haucap, fragt sich, warum ausgerechnet Schlecker in den Genuss staatlicher Hilfen kommen soll. „Mir stößt auch sauer auf, dass große Unternehmen - egal wie schäbig sie sich in der Vergangenheit teilweise benommen haben mögen - anscheinend eine Vorzugsbehandlung genießen, während kleinen und mittelständischen Unternehmen und ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen diese Vorzugsbehandlung nicht zuteil wird“, sagt Haucap. Die Vermittlung der entlassenen Angestellten sei Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit. „Gerade im Fall Schlecker wird die das auch viel besser können als eine Transfergesellschaft, weil die Angestellten ja durch ganz Deutschland verteilt sind und nicht regional konzentriert“, so der Ökonom.

Der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Michael Hüther, sagte in einem Deutschlandfunk-Interview: „Es sind die Minister, die über die FDP sehr nahe der marktwirtschaftlichen Idee stehen, die da auch Einhalt gebieten, und ich halte das auch für richtig. Es geht hier letztlich auch um Steuergelder und die Frage ist, erreicht man etwas, hilft man den Menschen wirklich, und da hätte ich große Zweifel.“

Weiterführende Links II:

[Frankfurter Rundschau:
Nur keine Transfergesellschaft](#)

[FAZ:
Für die Schlecker-Frau](#)

[NDR info:
Populistische Form der Wählerwerbung](#)

[Deutschlandfunk:
Hüther: Das Prinzip der Haftung](#)

[FDP-Flugblatt zur Schlecker-Insolvenz](#)



Bleiben Sie mit uns in Kontakt:



www.fdp-fraktion-nds.de | www.facebook.de/fdpfraktionnds | www.twitter.de/fdpfraktionnds